

**Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung**

29. Juni 2020
1 von 1

Maßnahmen zur Abwehr sowie Prävention von Extremismus und Gewalt

Antrag der AfD-Fraktion

- 101.18.1649 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Nach dem Bundesverfassungsschutzbericht 2018 gibt es in Deutschland über 131.000 Extremisten, ca. 13.400 davon leben in Hessen (Landesverfassungsschutzbericht 2018). Vor diesem Hintergrund bitten wir den Magistrat, in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung regelmäßig einen Vertreter des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) Hessen einzuladen, welcher halbjährlich über die aktuelle Gefährdungslage in Hessen bzw. Kassel berichtet sowie Gegenmaßnahmen zur Abwehr und Prävention vorstellt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: AfD

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten, WfK

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Antrag der AfD-Fraktion betr. Maßnahmen zur Abwehr sowie Prävention von Extremismus und Gewalt, 101.18.1649, wird **abgelehnt**.

Volker Zeidler
Stadtverordnetenvorsteher

Nicole Eglin
Schriftführerin